

Liebe Mitbürger,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin mit gesamtem Verwaltungsteam,

Sehr geehrte Damen und Herren, Gemeinderäte,

„*die Kraft der freien Völker ruht in der Gemeinde*“. Dieses Zitat von Alexis de Tocqueville ist auch heute noch aktueller und zutreffender denn je. Schaut man vom Kleinen ins Große, so müssen wir feststellen, dass sich die geopolitischen Konflikte weltweit verschärft haben. Alte Allianzen stehen in Frage und diese Unsicherheit wirkt als Brandbeschleuniger für unser altes, industrielles Geschäftsmodell, welches Globalisierung und stabile Partnerschaften voraussetzt. Zwar zeigen die preis-, und saisonbereinigten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 eine Steigerung für das Bruttoinlandsprodukt von 0,3% [1], was jedoch nach zwei Jahren der Rezession nicht gerade als Anlass zu Freudensprüngen dienen kann. Weniger Wachstum bedeutet wiederum weniger Einnahmen für den Staat. Jedoch stecken wir in einem riesigen Transformationsprozess, der Unmengen an Kapital benötigen wird, denken wir allein an Infrastrukturmaßnahmen als auch die Klimaneutralität, abstrakte Gespenster, ohne deren Lösung wir jedoch keine Zukunft haben, jedenfalls keine unter freiheitlich demokratischen Werten, wie wir diese heute gewohnt sind. Was also tun? Weitere Einnahmequellen finden, wie etwa weitere Steuern zu erheben?

Ein noch stärkeres Ausdehnen und Voranschreiten des Staates kann und darf keine Lösung sein, in einem Land, das sich den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verschrieben hat. „*Wohlstand für alle und Wohlstand durch Wettbewerb gehören untrennbar zusammen*“, wie einst Ludwig Erhard sagte. Eine Implikation dieses Postulats auf die heutige Zeit, bedeutet, dass wenn der Wohlstand schwindet, mehr Wettbewerb nötig ist, um diesen zu erhalten. Dies wiederum verlangt, dass neben Wirtschaft und Arbeitnehmer auch der Staat sich dynamisch an die wechselnden Rahmenbedingungen anpassen muss, um führendes Handeln und die Vertretung unserer Interessen in einer multipolaren Weltordnung zu sichern. Ein interessantes Zeitgespräch, aus dem Jahre 1971, zwischen Ludwig Erhard, Hans Otto Lenel, Karl Schiller und Heinz-Dietrich Ortlieb im Wirtschaftsdienst 1971/XII [2] kommt bereits in dieser Zeit darüber überein, „*dass es die eigentliche und vornehmste Aufgabe des Staates ist, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich der Staatsbürger frei bewegen dürfen soll.*“

Beobachtet man den gegenwärtigen Trend im Großen, dann scheint diese Transformation auf staatlicher Ebene nicht wirklich durchgedrungen zu sein. Anstelle der Schaffung eines Ordnungsrahmen verschärft der Staat Gesetze und versucht Regulierungen durch neue Verwaltungsakte von der Seitenlinie durchzusetzen, anstatt dies den eigentlich dafür vorgesehenen Akteuren zu überlassen. Zwar wird in jeder zweiten Politikeraussage der Bürokratieabbau hervorgehoben, jedoch ist in der Realität das Gegenteil der Fall. Effektivität und Pragmatismus sind mitnichten Stärken des deutschen Staates, sollten aber die Zielrichtung sein. So zeigen die Beschäftigungszahlen im Öffentlichen Dienst seit 2008 eine Steigerung um fast 20% auf 5,38 Millionen Beschäftigte bis 2024, Tendenz steigend. Statt ein personelles Wachstum weiter voranzutreiben, sollte auch hier Effektivität und die Abkehr von alten Vorgehensmodellen im Vordergrund stehen, Technologien hierzu stehen bereit. Ein skurriles Beispiel stellen dabei die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende dar. So fallen pro Grundsicherungsempfänger 2.046 EUR an Verwaltungskosten an. 2.046 EUR pro Person an Verwaltungskosten, bevor diesen überhaupt einen Euro für die Grundsicherung bleibt. Damit liegen die Verwaltungskosten 41% über dem Niveau von 2015, als man lediglich 1.303 EUR benötigte [3]. Blicken wir zurück auf die Gemeinden in Baden-Württemberg, die mit die Elementarteile unseres Staates bilden, so sind die Ausgaben 2025 Q1-Q3 weiter defizitär. Während die Ausgaben um weitere 6% auf 303,4 Milliarden Euro angestiegen sind, belaufen sich die Einnahmen auf 275,1 Milliarden Euro,

hauptsächlich verursacht durch Personal- und Sozialausgaben [4]. Dies sollte uns alle zum Nachdenken und Handeln bewegen. Dementgegen steht jedoch ein stetig steigendes Wachstum des öffentlichen Sektors, den sich keine Volkswirtschaft auf Dauer leisten kann. Eine genaue Analyse warum dem so ist, sei jedem selbst überlassen. Das Problem ist vielschichtig, unter anderem immer mehr Gesetzgebungen, steigende Bedarfe in Bildungs- und Betreuungssektoren und geringe Produktivität durch Bürokratisierung und fehlender Digitalisierung. Fakt ist auch, dass fehlender Wettbewerb staatlichen Systemen nicht gut bekommt. So sind Aussagen der Rathauschefin bei der Haushaltsplanung wie „*Bei den anderen Gemeinden sieht es auch nicht besser aus, da muss das Landratsamt mal schauen*“, nicht sonderlich zielführend und lassen auf ein fehlendes Verantwortungsbewusstsein schließen; oder haben Sie derartige Worte schon einmal einen Geschäftsführer sagen hören, wenn er Insolvenz anmeldet? Wir erinnern uns „*die Kraft der freien Völker ruht in der Gemeinde*“. Wir müssen handlungsfähig und verantwortungsvoll mit dem gegebenen Kapital haushalten. Es ist auch unbestritten, dass die heutigen Gemeinden Aufgaben und finanzielle Defizite verantworten müssen, die vor Jahrzehnten noch nicht denkbar erschienen. Dies stellt die Rathausleitung und die Kämmerer vor Schwierigkeiten, die diese aus ihrem Wirkungsraum nicht mehr allein bewerkstelligen können. Vielleicht ist es Zeit, neue, andere Wege einzuschlagen, um der neuen Wirklichkeit gerecht zu werden. Weiteres defizitäres Handeln wird unseren finanziellen Handlungsspielraum weiter verkleinern, wodurch die Unzufriedenheit in der Gesellschaft weiter zunehmen wird. Dies kann und dürfen wir nicht wollen, gerade in Zeiten steigenden Populismus und einfachen Antworten auf komplizierte Fragen aus der extremen politischen Couleur. Wir müssen dafür sorgen, dass wir handlungsfähig bleiben, uns eine solide Infrastruktur erhalten, unser Bildungssystem verbessern und das Vereinsleben stärken können. Speziell letzteres bildet das sozial, gesellschaftliche Rückgrat in dörflichen Strukturen und sollte nicht Opfer unserer Sparpolitik werden!

Betrachten wir den Haushalt unserer Stadt, so beläuft sich der Schuldenstand zum Jahresende 2026 planerisch auf fast 8,7 Millionen EUR, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von vormals 585 EUR auf 1.151 EUR entspricht. Dies resultiert, neben den hohen und notwendigen Investitionen, primär aus den hohen Personalkosten, die im neuen Haushalt 2026 mit 8,5 Millionen EUR eingeplant sind; eine weitere Steigerung um 6,5%, wobei man dies zum größten Teil auf Tarifierhöhungen mit 5,5% zurückführen kann, jedoch auch Neueinstellungen geplant sind. Blickt man vom Kleinen zum Großen so ist Baden-Württemberg führend im Verhältnis kommunaler Personalausgaben zu Einwohnern mit 1.411 EUR [5], wobei große Stadtkreise das arithmetische Mittel stark verfälschen. Bewegt man seinen Blick zurück ins Kleine so liegt man mit 1.124 EUR Personalkosten pro Einwohner in Gundelsheim immerhin unterhalb des Medians bezüglich Flächenländern. Betrachtet man statistisch eine sinnvolle Klassenbreite, so lässt sich im Einwohnerintervall 1.000 - 20.000 Einwohnern eine pro Kopf Ausgabe von 701 EUR verzeichnen, Stand 2022 [6], welche bedingt durch Tarifierpassung (8,3%) und Inflation (~10%) heute circa 830 EUR betragen sollte. Analysiert man die Personalsituation in Gundelsheim näher, so verbleiben nach Abzug des Personals im pädagogischen Bereich, von den derzeit beschäftigten 119 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) noch 54 VZÄ für den operativen und den Verwaltungsbereich [7]. Die Personalanzahl ist primär kein Problem, Arbeit wäre genug zu verrichten. Jedoch ist man selbst bei einem Fußweg und Parkplatz um das Rathaus auf ein externes „*Expertengutachten*“ angewiesen, ausreichend Verwaltungsexpertise ist in der Leitung des Bauamtes zumindest vorhanden. So werden Sachbearbeiter Steueramt/Friedhofsverwaltung gesucht und gleichzeitig externe Dienstleister für die Friedhofsgebühren benötigt, während das Friedhofdach immer noch nicht regendicht ist. Und welch Wunder ist nach über zwei Jahren ohne Reparatur des Daches jetzt auch das unterliegende Holz des Dachwerkes beschädigt, was wiederum zu erheblichen Mehrkosten führt. Es könnten hier noch zahlreiche Beispiele folgen, auf die aber verzichtet werden soll. Konstruktive Vorschläge des Gemeinderates zur Verkleinerung des Personalstammes werden jedoch als Amtsanmaßung abgetan. Dabei könnten Gemeindeverwaltungsverbände viele Synergien mit sich bringen, ein Vorschlag der bereits als Fazit zu den Finanzierungsproblemen im Gemeindefinanzbericht des Gemeindetag Baden-Württemberg 2024 vorgeschlagen wurde, vgl. [8]. Von der Verwaltung wird in diesem Zuge jedoch lieber auf die Verkleinerung des Gemeinderates hingewiesen, da dieser durch die Unechte Teilortswahl mit 25 Personen gegenüber vergleichbaren Kommunen zu groß sei. Ein Vorschlag, den der Gemeinderat mit Sicherheit mitträgt, der aber insgesamt nur circa 9.000 EUR pro

Jahr an Einsparung bringt, wenn man die Mandatsträger auf null reduziert. Wir erinnern uns: fehlender Wettbewerb und Pragmatismus.

Neben operativen Pragmatismus könnte ein weiterer Ausbau der Digitalisierung den Kommunen zu mehr Effizienz verhelfen. Eine aktuelle IFO-Studie [9] kommt zu dem Schluss, dass eine positive Entwicklung des Digitalisierungs-Index in der Verwaltung auf den Stand von Dänemark eine reale BIP-Erhöhung von über 90 Milliarden EUR mit sich bringen würde. Wir sind sehr gespannt auf den Fortschritt, welchen die Wiederbesetzung der Digitalisierungsstelle, mit einschlägiger Berufserfahrung im Bereich Verwaltung, in Gundelsheim bringen wird. Wir plädieren hier, genauso wie in der Ausschreibung der bauamtlichen Verfahren, auf die Plausibilisierung der Planungen hinsichtlich der Kosten, vor allem im Hinblick zu marktüblichen Preis-Leistungsverhältnissen.

Schauen wir auf die laufenden Großprojekte, so kann man hier mit Stolz berichten, dass einige Vorhaben angestoßen oder bereits fast abgeschlossen sind. Stellvertretend seien folgende Projekte aufgeführt:

- *Kindergarten Regenbogenland*: Zuerst muss man positiv anmerken, dass der Umbau in zeitlichem Rahmen durchgeführt wurde, die Ergebnisse sehr positiv sind und die meisten Dinge für ein derartiges Projekt doch erstaunlich reibungslos abliefen. Hierfür ein herzliches Dankeschön. Angemerkt sei jedoch, dass bei Vergleichen hartnäckiger mit den zuständigen Betrieben umgegangen werden sollte, vor allem in Fällen, in denen die Höhe der Forderungen völlig überzogen sind. Dies ist unser aller Kapital und so sollte mit entsprechender Professionalität auch mit den Auftragnehmern umgegangen werden.
- *Grundschule Gundelsheim*: Der Baustart hat begonnen. Nach holpriger Planungsphase und Steigerung der geplanten Baukosten um 14% auf 9,97 Millionen EUR, sehen die ersten Ausschreibungen positiv aus. Hoffen wir, dass das Großprojekt zum Wohle unserer Kinder erfolgreich umgesetzt werden kann und weitere Kostensteigerungen ausbleiben.
- *Erschließung Baugebiet „Ob dem Dorf V“*: Ein Lehrstück postfaktischer Demokratie. Während laut Zensus die Bevölkerung in Höchstberg die letzten zehn Jahre jährlich um durchschnittlich 0,89% geschrumpft ist, wird ein Baugebiet mit 47 neuen Bauplätzen erschlossen, was einer ungefähren Wachstumsrate an Wohnraum von 25% entspricht. Die Interessenslage der Grundstücksbesitzer ist derzeit enorm; von den 47 Bauplätzen verbleiben nur drei in privater Hand, wodurch der Darlehensbetrag von Gundelsheim auf 5,9 Millionen EUR anwächst. Mittels Brandbriefes wird zur Präsenz bei der Abstimmung im Gemeinderat geworben, „*sodass die Gegner erstmal den Kopf einziehen*“. Weiter wird ein Aufruf gestartet um bei Baupilot Interesse an einem Grundstück zu bekunden, explizit mit dem Hinweis, „*dass es nur wichtig für das Landratsamt Heilbronn sei, dass wir ein Baugebiet bekommen*“. Ob es der Person um das Wohl der Höchstberger ging, oder darum, eigene finanzielle Interessen durchzusetzen, soll jeder selbst beurteilen. Ergebnis ist: Selbst die positiv geplante Verkaufsprognose der Stadt und des Erschließungsträgers wird, aufgrund der zu leistenden Zinsen, einen mittleren sechsstelligen Gesamtverlust einbringen. Hoffen wir auf eine Entwicklung, bei der sich die positive Verkaufsprognose in ein paar Jahren als zu pessimistisch erweisen wird.

Wir haben auf unserer wechselseitigen Betrachtungsreise vom Kleinen und Großen feststellen müssen, dass die Stadt Gundelsheim einem Trend folgt, der allgemein in Deutschland zu beobachten ist. Die Zahlen sind jedoch nicht sonderlich positiv zu bewerten. Diese Zahlen sind allerdings ein Maß unserer gegenwärtigen Gestaltungsfähigkeit und damit unserer aller Zukunft. Es sollte uns bewusst sein, dass wir alle das gleiche Ziel teilen, eine zukunftsfähige Gemeinde! Deshalb sollten wir lernen kritikfähig miteinander umzugehen, die jeweiligen Entscheidungen anhand von Fakten zu bewerten und auch entsprechende Einsparungen zu treffen, auch wenn diese auf den ersten Blick schmerzhaft erscheinen. Neben der „*starken Bürgerschaft*“ und einem „*leistungsfähigem Gewerbe*“, wie es Frau Schokatzen in Ihrer Haushaltsrede aufführt, ist es auch die Aufgabe der Verwaltung neue und effektive Wege zu gehen, die unsere Infrastruktur, unsere Bildungseinrichtungen und unser gesellschaftliches Miteinander sichern. Einen Ordnungsrahmen zu schaffen, genau wie Erhard, Lenel, Schiller und Ortlieb empfanden.

Bezeichnend möchte ich Charles Darwin zitieren: „*Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, auch nicht die intelligenteste, sondern diejenige, die am schnellsten auf Veränderungen reagiert.*“ Dies sollte uns alle zu denken geben, denn wie wir alle wissen, „*ruht in der Gemeinde die Kraft der freien Völker*“, auf die wir alle bedacht sein sollten diese zu schützen.

Abschließend möchten wir uns bei den städtischen Mitarbeitern, aber vor allem bei allen ehrenamtlich tätigen Bürgern, bei der Feuerwehr, dem DRK, der DLRG und allen weiteren sportlichen und sozialen Einrichtungen bedanken, ohne die die Umsetzung dieser Zahlen nicht möglich wäre. Danke.

Literaturverzeichnis

- [1] o.V., „*Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 % gewachsen- Wirtschaftsleistung in Deutschland nimmt nach zwei Rezessionsjahren wieder leicht zu*“, online: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_017_811.html, letzte Prüfung 20.02.2026, 2026.
- [2] Ludwig Erhard, „*Haben wir noch eine Soziale Marktwirtschaft?*“, Wirtschaftsdienst 1971/XII, pp. 627-631, 1971.
- [3] o.V., „*SGB II (Hartz IV): „Verwaltungskosten“ stiegen 2025 auf nahezu acht Milliarden Euro – Rückblick bis 2012 und 2005*“, Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ), online: <https://www.biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/2188-sgb-ii-hartz-iv-verwaltungskosten-stiegen-2025-auf-nahezu-acht-milliarden-euro-rueckblick-bis-2012-und-2005.html>, letzte Prüfung 20.02.2026, 2026.
- [4] o.V., „*Öffentliches Finanzierungsdefizit im 1. bis 3. Quartal 2025 bei 108 Milliarden Euro*“, online: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_005_711.html, letzte Prüfung 20.02.2026, 2026.
- [5] o.V., „*Kommunalbericht 2024- ÜBERÖRTLICHE PRÜFUNG KOMMUNALER KÖRPERSCHAFTEN*“, Hrsg. Walter Wallmann, Hessischen Rechnungshofs, online: https://rim.ekom21.de/raunheim/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZfw2hbJnGxdH78OjrRLPQvZ1chN7DtBMBekQP2oQ5EC-/Kommunalbericht_2024.pdf, letzte Prüfung 20.02.2026, 2024.
- [6] Anna-Lena Scheer, Kevin Döbler, „*Entwicklung der kommunalen Personalauszahlungen in Baden-Württemberg von 2013 bis 2022*“, in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2024, pp. 35-38, 2024.
- [7] o.V., „*Haushaltssatzung und Haushaltsplan Stadt Gundelsheim 2026*“, 2026.
- [8] Ingo Wörner, „*Gemeindefinanzbericht 2024- Gemeindetag Baden-Württemberg Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden*“, 2024.
- [9] Oliver Falck, Yuchen Mo Guo, Christian Pfaf, „*Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand*“ ifo-Studie im Auftrag der IHK für München und Oberbayern“, IHK für München und Oberbayern, 2024.